

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Er erscheint täglich außer Montag.
Dieselbe ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungskarte Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Breslau, Sonntag, 14. Februar 1892.

3. Jahrgang.

Die Schwerter heraus!

Motto: „Felix, steck' den Degen ein!“

„Im Kampf um die Schule muß jede Klinge heraus“, so rief unlängst Herr Dr. Felix Dahn, ordentlicher, öffentlicher Professor des preussischen Staatsrechtes an der Hochschule Breslau in seinen in Buchform veröffentlichten Betrachtungen über den Entwurf eines Gesetzes über die Volksschule in Preußen.

Nun, dann also los, heraus mit der Dahn-Klinge, wenn sie kein Fledermisch ist. Der Herr Professor hat bislang noch niemals richtig vom Leder gezogen, und darum gesehen wir es, daß wir seinem ersten Versuch mit einigem Mißtrauen gegenüber stehen. Denn seine fantastischen und äußerst langweiligen „Kulturkampf“-Romane haben uns ebenso wenig imponiert, als seine mühseligen Versuche einer speichelleckerischen Geschichtsfälschung.

Aber, was tun derartige kleine Sünden aus früherer Zeit! Jetzt endlich ist der teutonische Geist in bedenklicher Gefahr, da rafft sich der brave Dahn auf und verkündet in seinem schönsten Deutsch der lauschenden Menschheit:

„Hierzu noch Eins: in bitterstem Ernst. Nur hier muß ich ein wenig lauter erheben die Stimme, die ich sonst in dieser Erörterung — trotz lebhafter Erregung — gedämpft verhalte“

Welch ein Mensch (ecce homo)!

Aber die edle Mannessele will nicht falsch verstanden sein, wenn sie „ein wenig lauter erhebt die Stimme, die sie sonst dumpf „gedämpft verhält“.

Und auch wir wollen jedes, jedes Mißverständnis nach dieser Richtung aus dem Wege räumen.

Zu diesem Zwecke sei zunächst nur die erschütternde Tatsache erwähnt, auf welche Dahn mit den nachstehenden Worten verweist:

„Die Gnade Kaiser Wilhelm I. hat meine Brust mit dem Hausorden der Hohenzollern geschmückt: die hiermit anerkannte und angepörrnte Treuegesinnung glaube ich nicht besser bewähren zu können, als indem ich zu seinem Ent- und dessen Minister in dieser Sache — — — — — schmerzlich beweg. — — warnend meine Stimme erhebe“.

Warnend und nur ein klein wenig lauter, fast dumpf gedämpft erhebt er sie, die schmerzlich bewegte Stimme. Also kein Revolutionär, keine Spur davon! Nein, Felix, kein Engel ist so rein wie Du! — — —

Da also nach alledem Herr Dahn eine „Klinge“ nicht besitzt, die er im Kampf um die Schule gebrauchen könnte, so wollen wir sehen, wie er seinen alten Fledermisch, den er für ein Schwert ansieht, zu gebrauchen versteht.

Zunächst „beanstandet“ er teilweise 15 Paragraphen von den 194 untauglichen Paragraphen des in acht Abschnitte gegliederten reaktionären Nachwerkes.

Dabei fuchtel er gar heftig mit allerlei kleinen närrischen Streichen herum. Er will nicht, daß die Vertreter der Geistlichkeit die „ungenügenden Kenntnisse“ der Seminaristen zu konstatieren haben, es gehe sonst nach dem Satz: Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt (Roma locuta causa finita est).

Von dem preussischen Staate verlangt in der Schulreformfrage der Breslauer Schriftgelehrte, daß die Staatsallmacht (Omnipotenz) gewahrt bleibe, daß aber auch der Staat sich der liberalen Professoren erinnere, die den „deutschen Einigungsgebanken“ gepflegt hätten, „als Könige und Minister denselben nicht mit goldenen Didenketten, sondern mit eisernen Zucht-

hausketten bedächten.“ Er veröffentliche das, auf die Gefahr hin, sich zu „schaden.“

Nur keine Sorge! Die Leute, die für die Einheit und Freiheit fochten, die führten Schwerter und waren Männer, Männer, deren Lohn das Zuchthaus war. Vor geistigen Bogelscheuchen aber, die einen Fledermisch führen, fürchtet sich die preussische Regierung nicht, die läßt sie einfach unbeachtet, guter Dahn. — Also nur unverzagt!

Herr Dahn webelt aber nicht nur Rom und Berlin, sondern auch Wittenberg mit seinem gefährlichen Kampfinstrument an. Er fragt, ob in der Schule künftig etwa Luther's Teufelsglaube gelehrt werden solle? —

Aber hat denn der Herr Professor in den letzten fünfzig Jahren ausschließlich geschlafen? Könnte denn der Inhalt eines ökumenischen Bekenntnisses evangelischen oder katholischen Schülern in unserer heutigen Schule vorenthalten werden? Es giebt so gewiß einen Teufel, wie einen Gott — in dem Lehrplan der christlichen Schule. Und das war dem „liberalen“ Professorentum oder dem mittelparteilichen Greisentum bisher unbekannt? Herr Dahn darf sich also beruhigen; der Teufel braucht nicht erst mit Hilfe des neuen Entwurfes in die Volksschule hineingebracht zu werden — er steckt längst darin mit Klauen, Hörnern, Zähnen und dem nötigen Schwefelparfüm.

Natürlich kann man von einem königlichen, preussischen, ordentlichen und öffentlichen Professor nicht verlangen, daß er wach und konsequent sei, sonst würde er sich auf unseren Standpunkt stellen und mit uns sagen: Die Religion gehört überhaupt nicht als Lehrgegenstand in die Schule hinein, demnach ist die Durchführung der Weltlichkeit der Schule zu fordern.

Stoßseufzer.

Nach K. Marx.

Die Schwüle unsrer Zeiten
Will mich selbst fast bedrücken.
Und ich ahne, daß die Tische,
Die Chinesen nun sich rücken;

Denn in Tischen und Chinesen
Wällt ein feurig Racenblut,
Und in andre geht sie gleichsam
Wehen einen Hauch von Mut.

Ein angehender Spiritist.

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

„Haltet Euch nicht so lange beim Eingang auf“, unterbrach ihn der Bekannte, „sondern kommt auf das Thema. Weiß man nicht, wer sie erstochen hat?“

„Nun, das sage ich ja eben; da soll es nun wieder ein abgewiesener oder eifersüchtiger Liebhaber sein, der sie umbrachte. Sonderbar sind allerdings die Umstände. Sie soll gestern auf der Redoute mit einer Maske, die Niemand kannte, ziemlich lange allein gesprochen haben. Sie ging bald nachher weg, und einige Leute wollten gesehen haben, daß dieselbe Maske zu ihr in den Wagen stieg. Weiter weiß Niemand etwas Gewisses; aber ich werde es bald erforschen, was an der Sache ist.“

„Ich weiß, Ihr habt so Eure eigenen Kanäle, und gewiß habt Ihr auch bei der Bianetti einen dienstbaren Geist. Es giebt Leute, die Euch die Stadtchronik nennen.“

„Zu viel Ehre, zu viel Ehre“, lachte der Kommerzienrat und schien sich ein wenig geschmeichelt zu fühlen. „Diesmal habe ich aber keinen andern Spion, als den Medizinalrat selbst. Ihr müßt bemerkt haben, daß ich, ganz gegen meine Gewohnheit, nicht die ganze Straße hinauf und hinab wandle, sondern mich immer zwischen der Karls- und Friedrichstraße halte.“

„Wol habe ich dies bemerkt, aber ich dachte, Ihr macht Fensterparade vor der Staatsrätin Baruch.“

„Geht mir mit Baruch! Wir haben seit 3 Tagen gebrochen, meine Frau sah das Verhältnis nicht gerne, weil jene so hoch spielt. Nein, der Medizinalrat Lange kommt alle Tage um zwölf Uhr durch die Breite Straße, um ins Schloß zu gehen, und ich stehe hier auf dem Anstand, um ihn sogleich aufs Korn zu nehmen, wenn er um die Ecke kommt.“

„Da bleibe ich bei Euch“, sprach der Freund, „die Geschichte der Bianetti muß ich genauer hören. Ihr erlaubt es doch, Volnau?“

„Verteufelt, genirt Euch ganz und gar nicht“, entgegnete jener; „ich weiß, Ihr speiset um zwölf Uhr, laßt doch die Suppe nicht kalt werden. Ueberdies könnte Lange vor Euch nicht mit der Sprache recht heraus wollen; kommt lieber nach Tisch ins Kaffeehaus, dort solltet Ihr alles hören. — Macht übrigens, daß Ihr fortkommt, dort biegt er schon um die Ecke.“

II.
„Ich halte die Wunde nicht für absolut tödlich“, sprach der Medizinalrat Lange nach den Begrüßungen, „der Stoß scheint nicht sicher geführt worden zu sein; Sie ist schon wieder ganz bei Besinnung und, die Schwäche abgerechnet, die der große Blutverlust verursachte, ist in diesem Augenblick wenigstens keine Spur von Gefahr.“

„Das freut mich“, erwiderte der Kommerzienrat und schob vertraulich seinen Arm in den des Doktors; „ich begleite ihn noch die paar Straßen bis an's Schloß; aber sag' Er mir doch um Himmelswillen etwas Näheres über diese Geschichte; man kann ja gar nicht ins Klare kommen, wie sich alles zugetragen.“

„Ich kann ihm schwören“, antwortete jener, „es liegt ein furchtbares Dunkel über der Sache. Ich war kaum eingeschlafen, so weckt mich mein Johann mit der Nachricht, man verlange mich zu einem sehr gefährlich Kranken. Ich warf mich in die Kleider, renne hinaus, im Vorsaal steht ein Mädchen, bleich und zitternd, und flüstert so leise, daß ich es kaum hörte, ich solle mein Verbandzeug zu mir stecken. Schon das fällt mir auf; ich werfe mich in den Wagen, lasse die bleiche Wamsell auf den Boß zu Johann sitzen, daß sie den Weg zeige, und fort geht es bis in den Lindenhof. Ich steige vor einem kleinen Hause ab und frage die Wamsell, wer denn der Kranke sei?“

„Ich kann mir denken, wie Er staunte —“

(Fortsetzung folgt.)

Was wollen die Herren Professoren Benschlag, Hans Deibick und Felix Dahn eigentlich? Woju der Earm, Ihr Herren? Ihr wollt den Klassenkaat aufrecht erhalten. Und da werdet Ihr Euch mit Euren Gegnern, die Euch gleichwertig sind, in nicht fernier Zeit ausöhnen. Denn Ihr alle, die Ihr die „reaktionäre Masse“ bildet, habt nur den einen Feind: die Sozialdemokratie.

Einigt Euch! — Herr Dahn ist daher auf dem richtigen Wege, wenn er im Namen des Protestantismus nachstehende Aufschne.derei zum Besten giebt:

„Nur verteidigen werden wir uns: aber so nachdrücklich, wie Anno 70 die Deutschen im Wege der Verteidigung von Remel über Sedan und Paris an den Kanal gelangt sind: dann wird sich zeigen — nicht wir wollen's damit bringen! — ob die deutsche Bildung heute noch aus dem alten Testament, dem atanasianischen Glaubensbekenntnis, Luther's Teufelsglauben, Salom's Gnadenwahl und Vorbestimmung, dem Tridentinischen Konzil, dem Syllabus und den beiden jüngsten Dogmen beruht, oder auf Lessing, Kant, Schiller, Goethe und Darwin (ja wohl, auch auf Darwin!)“

Aber lange bevor dieser Streit zu Ende wäre, würde der Sozialdemokrat jedes Ministerium, jede Kirche und alle Wissenschaft in den Kot äußerster Barbarei getreten haben. Darum wollen wir drüben und haben lieber die Schwerter in den Scheiden lassen; wir „Liberalen“ haben nicht an das Best gegrißen.“

Das ist es! Na! Dein Köpfein in die Höhe, waderer Dahn, damit Du nicht in dem Dsch umgebenden, von Dir vermehrten Kot der modernen äußersten Barbarei verfinstert. — Die Weisheitsfreizeit willst auch Du dem Kreuz ausliefern, darum eilige Dich nicht mit schwülzig germanischen Redewendungen und stecke auch Deinen — Nlederrisch ein; sonst laugen die kleinen Schulbuben den Professor aus, der vorgiebt, eine Klinge in der Faust zu führen.

Das sanftmütige Professoren will ja überhaupt keine Fehde. Es handelt sich ja bei ihm nur um eine „volg.meinte, Frieden werbende Frage“ an die alterbürgerlichen Parteien. Dahn fragt tapfer an: Ist die Regierung nicht von Innen bedroht? Hat nicht aus das Zentrum anerkannt, daß gegenüber den Dämonen des Abgrundes alle staatsbehaltenden Parteien zu sammeln müssen? Wem kommt der Kampf der feindlichen Brüder um die Schule zu pausen? — Dem Sozialdemokraten, antwortet Dahn flugs, der lacht sich in die Faust.

Natürlich, weil er kein Häuptchen hat. Auch sonst sehr richtig gedacht, weil das ganze Tun oder Lassen der Bourgeoisie der Sozialdemokratie entschieden den Weg bahnt.

Amüsant war es uns übrigens, den Herrn Professor Felix Dahn als offiziellen Dalkämpfer der „Breslauer Morgen-Zeitung“ in einer ihrer letzten Nummern anerkannt zu sehen.

Die Veranlassung hierzu hat wol ein an Dahn adressirtes, höchst albernes Schreiben eines Anonymus, das Dahn der „Dr. M.B.“ überlieferte. Die genannte Zeitung bemerkte dazu:

„Wir teilten das Machwerk anonymen Schmäh suchts mit, um wieder einmal an einem Beispiele zu zeigen, wie sauberer Mittel sich die Frömmlinge bedienen, wenn sie im Kampfe gegen die Aufklärung stehen.“

Die „Aufklärung des 19. Jahrhunderts ist hier vertreten durch den kampfslustigen Professor und die wahle Frau aus der hellen Wundgasse.“

Ein schönes Paar, wir glauben! —

Doch zurück zu unserem Felz, der die Klinge so zieht, daß der Zapfen des wessentlichsten Teil die Borndicht, des infinitiven Zurechtstehen bleibt, das wir an Sir John Falstaff ebenfalls bewundern.

Felix hat nämlich eine Ahnung davon, daß es mit seiner Waffenführung nicht weit her ist; wenn sonst der Mann sich auf sich selbst verlassen soll, so hat das Professorenentum seinen „bergenrückten Felden“ im Hintergrunde, der jede schändliche Dummheit, Feigheit oder Nichtswürdigkeit guizumachen vermag.

Wer ist dieser Nationalheld und wo steht er?

Dr. Dahn giebt hierüber nachstehende erschöpfende Auskunft:

„Die deutsche Sage läßt den bergentrückten Felden aus seiner Verborgenheit zurückkehren, um sein Volk in der Stunde höchster Gefahr mit dem alten Schwert und alten Schwert zu decken und zu retten: Werd nicht der Verdammte von Friedrichsruh, der und entrückte, herbeireiten an dem Tage, da der Entscheidungsschlacht wird geschlagen werden, und noch einmal seinen die alten wuchtigen Siebe?“

Helliger Reichshauptmann, Otto von Bismard! Der alte Schld? Er ist doch jämmerlich zertrümmert in dem Kulturkampf unrühmlichen Angebens. Und das alte Schergenichwert des Sozialistengesetzes? Es ist an dem ehernen Fels der Sozialdemokratie wie eine Glasfange zersplittert. Und die alten wuchtigen Siebe? Ja, dazu kann er neue in ungezählter Menge erhalten. Aber, bester Dahn, an Bismards Wiederkommen ist ja überhaupt nicht zu denken, weil der Heros von Friedrichsruh längst in die Pfanne gehauen ist und zu den moralisch Toten zählt.

Weder Otto noch Felix, weder der evangelisch-ultramontane Konservatismus, noch der christlich-ateistische Liberalismus werden für die frei organisierte, allgemeine Volksschule auch nur einen ehrlichen Schwerstreich tun. Das können sie nicht mehr; denn ihre Schwerter verrotten ja „unter dem Kot ihrer eigensten Barbarei“.

Das weiß das proletarische Volk und darum hat es so seine eigenen Gedanken bei dem Alarmruf:

Für Bildung und Brot Die Schwerter heraus! —

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

X Berlin. In der 170. Plenarsitzung des Reichstages kamen zur Verhandlung:

1. Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Vereinstaler österreichischen Gepräges, auf Grund der in zweiter Beratung un- verändert angenommenen Vorlage.
2. Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts- Etats für das Etatsjahr 1892/93 und zwar folgende Spezial-Etats:

a) Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen auf Grund des mündlichen Berichts der Kommission für den Reichshaushalts-Stat. Berichterstatter: Abg. Dr. Hammacher.

Die Beratung wurde fortgesetzt mit dem Ordinarium der Betriebsverwaltung.

b) Reichs-Justizverwaltung.

Die Beratung wurde fortgesetzt mit der Abstimmung über die Resolution.

Darauf folgte der zweite Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten v. d. Osen im 3. Wahlkreise des Regierungsbezirkes Sietlin. (Berichterstatter: Abg. Greif),

der zweite Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des früheren Abg. D. v. Weyrauch im 2. Wahlkreise des Regierungsbezirks Kassel. (Berichterstatter: Abg. Auer),

der zweite Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. Grumbt im 8. Wah.kreise des Königreichs Sachsen. — (Antrag der Kommission: Die Wahl für gültig zu erklären.) Berichterstatter: Abg. Dr. Hermes-Jauer und

der Bericht der Kommission für die Geschäfts- ordnung über die derselben vorgelegte Frage, wer zur Erhebung einer Wahlanzahlung berechtigt sei. — Berichterstatter: Abg. Draeger.

Zur Krankenversicherung. Der Antrag zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 von Roschke und Genossen lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:

die von der zwölften Kommission zu § 8 des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, beantragte Resolution in folgender Fassung anzunehmen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, daß in sämtlichen Bundesstaaten die Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne möglichst nach gleichen Grund- sätzen und den tatsächlichen Tagelohnsätzen gewöhnlicher Tagearbeiter entsprechend erfolge, und daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auch eine anderweitige Festsetzung dieser ortsüblichen Tagelöhne in Kraft tritt, sowie den Herrn Reichs- kanzler zu ersuchen, periodische Veröffentlichungen der festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne von Reichs- wegen herbeizuführen.“

Reichstags-Kommission für die Petitionen. Nach- stehende Resolutionen der betreffenden Kommission sind bemerkenswert:

1. Der Reichstag wolle beschließen: die Petitionen, betreffend die Beschränkung der Freizügigkeit minderjähriger Personen, dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.
2. Der Reichstag wolle beschließen: die Petition der Braunkohlengewerkschaft „Saxonia“ zu Zintau und Genossen, betreffend die Ab- änderung des § 6b des Unfallversicherungsgesetzes,

II. Nr. 54 600, dem Herrn Reichs- kanzler als Material zu überweisen. — Bericht- erstatter: Metzger-Hamburg.

Im preussischen Abgeordnetenhanse kamen am Dienstag bei Beratung des Justizetats mancherlei Dinge zur Sprache, welche seit einiger Zeit die Deffentlichkeit erregt haben. Abg. Ricker legte lebhaft Protest ein gegen die antisemitischen Maximationen, welche aus Anlaß der bisher unaufgeklärten Mordtat an einem Knaben in Xanten gegen die Juden ins Werk gesetzt worden sind, wobei man sich nicht scheute, Staats- anwälte und Richter der Parteilichkeit für die Juden zu bezichtigen. Der edle Gottesstreiter Stöcker mußte zugeben, daß die Annahme jüdischer Mitalmorde un- haltbar sei. Nichtsdestoweniger aber versuchte er jüdische Morde aus religiösem Aberglauben als wahrscheinlich hinzustellen. Stöcker ging darauf zu einem Angriff auf die Justizverwaltung aus Anlaß der Fälle Buschhoff, Bleichröder und Liebmann über, indem er sie parteiischer Verzögerung der Untersuchung in diesen Fällen be- schuldigte und dem Justizministerium wegen der Zu- lassung der Juden zu höheren Richterstellen den Vorwurf einer unzulässigen Judenfreundlichkeit machte. Der Justizminister von Schelling beschränkte sich darauf, sachlich die Unwahrheiten der antisemitischen Behaup- tungen nachzuweisen. Er legte dar, daß in allen gerügten Fällen gerichtlicherseits ungeäußert und in objektiver Weise vorgegangen worden ist, ohne irgend wie durch äußere Kundgebungen beeinflusst zu sein. Er teilte zu- gleich mit, daß auf Grund eines neuen, bisher nirgends bekannten Belastungsmoments die Wiederverhaftung Buschhoff's erfolgt ist, der endgiltige Beschluß über dessen Hafthaltung jedoch noch aussteht. Die Abg. Munkel und Ricker wiesen die Zumutung einer Ausschließung der Juden von den höheren Richterstellen zurück.

Abg. Munkel brachte weiterhin die in letzter Zeit hervorgetretenen Mißbräuche der Rechtsbelehrung durch die Vorsitzenden von Schwurgerichten zur Sprache. Justizminister v. Schelling teilte mit, daß die Beschwerde der Berliner Anwaltskammer dem Kammergerichts-Präsidenten übergeben sei, erklärte sich jedoch für nicht befugt, eine Rüge zu erteilen. Bezüglich der in letzter Zeit von der Staatsanwaltschaft konstruirten Ausdehnung der Verantwortlichkeit für Pressezeugnisse, die Abgeord- neter Krause (natl.) zur Sprache brachte, gab der Justiz- minister zu, daß auch er eine Ausdehnung der Ver- antwortlichkeit auf die Maschinenmeister nicht für gerecht- fertigt erachte.

August Bebel's 25jähriges parlamentarisches Jubiläum. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichs- tags veranstaltet am 22. Februar in Berlin eine kleine Feier zu Bebel's 25jähriger Tätigkeit im Parlament. Am 12. Februar 1867 wurde Bebel im 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Diese Körperchaft wurde am 24. Februar 1867 vom König von Preußen eröffnet und nach Erledigung ihrer Arbeiten am 17. April bereits wieder geschlossen. Am 18ten August desselben Jahres fanden die Wahlen zum Nord- d. n. Reichstag statt und mit dieser Wahl begann auch Liebknecht's parlamentarische Tätigkeit. Am 10ten September wurde der erste (und einzig.) oecdentliche Norddeutsche Reichstag eröffnet, der durch die Ereignisse von 1870—71 dem deutschen Reichstag, der am 18ten März 1871 aus den allgemeinen Wahlen hervorging und am 21. März desselben Jahres eröffnet wurde, Platz machen mußte. Bebel und Liebknecht gehören seit 1867 fast ununterbrochen dem parlamentarischen Leben an und können mit Stolz auf diese ihre Tätigkeit zurückblicken. Diese Zeit ist für diese beiden un- ermüdlichen Vorkämpfer der Arbeiter eine Zeit schwerer Kämpfe und Leiden, aber auch großartiger Erfolge ge- wesen. Mögen sich die Arbeiter an diesen ihren Führern ein Beispiel nehmen und ebenso unermüdlich und opfer- mütig für die Befreiung des Proletariats eintreten.

Kleinigkeiten von dem liebevollen Herzen des Vaters Staat teilt die „Nordd. Volks-Ztg.“ mit: Auf dem unter justizlicher Verwaltung stehenden Gute Projensdorf bei Kiel, wurde, so schreibt das Blatt, dem dabei 43 Jahre lang beschäftigt gewesenem 74-jährigen Nachwächter vom Bezug der Altersrente ab sein Lohn von 1,20 Mk. auf 80 Pf. pro Tag verkürzt. Auf der kaiserlichen Werft sind ähnliche Fälle vorgekommen. Nachdem vor längerer Zeit einem 72-jährigen Arbeiter der Kasseischniede, vom Bezug der Altersrente an der Lohn um 20 Pf. gekürzt worden ist, hat man dieser Tage einen 18 Jahre lang auf der kaiserlichen Werft beschäftigt gewesenem Jungläger, der jetzt Altersrente bezieht, von seiner bisherigen Arbeit weggenommen und ihn zu leichterem Arbeit angestellt, obgleich der Betreffende recht dringend um Befreiung von seiner bisherigen Ver- schäpfung bat. Mit dieser Änderung der Arbeit hat

man ihm sofort eine Verklärung seines Verdienstes von 2,70 Mk. auf 2,10 Mk. in Aussicht gestellt.

In Jüttershausen ist es nicht notwendig, daß über die zehn Gebote gesprochen wird. Am 7. Februar wollte Genosse Hoffmann-Beiz über „die zehn Gebote“ sprechen. Er hatte vielleicht zehn Minuten gesprochen, als er das erste Mal die Worte „zehn Gebote“ brauchte. In diesem Augenblicke löste der Ortschulze unter obiger Motivierung die Versammlung auf, indem er hinzufügte: „Darüber brauchen Sie bei uns hier nicht zu reden.“ So geschah im Lande der Denker im Jahre des Heils 1892.

Zum Fall Baare weist der „Vorwärts“ auf die Vorkommnisse bei dem Bochumer Steuerhinterziehung-Prozeß hin, die zu den neuerdings in Bezug auf die Person des Herrn Baare gemachten Mitteilungen in merkwürdigem Widerspruch stehen. In jenem Prozeß fungierte Herr Baare bekanntlich als Zeuge.

„In dieser Eigenschaft als Zeuge“, bemerkt der „Vorwärts“, „hat nun Herr Baare, als der Rechtsanwalt Kohn am 5. Juni die Stempelfälschungen zur Sprache brachte, unter seinem Eid und wiederholt erklärt, daß ihm, Baare, von einem solchen Vorgange nichts bekannt sei.“

„Sämtliche Berichte über den Prozeß, welche jene Szene schildern, wo — nachdem Herr Baare den Vorwurf der Profitwut weit von sich gewiesen und seine und seiner Söhne selbstlose Hingabe für die Interessen des Bochumer Vereins hervorgehoben hatte — der Rechtsanwalt Kohn sich erhob und die Schienenfälschung unter Beweis stellte, stimmen darin überein, daß Baare jede Mitwisserschaft leugnete.“

„Rechtsanwalt Kohn hatte erklärt:

„Ich stelle hiermit unter Beweis, daß auf dem Bochumer Verein seit 16 Jahren Stempelfälschungen aller Art zu Gunsten des Bochumer Vereins und zu Ungunsten in- und ausländischer Eisenbahnverwaltungen betrieben worden und zwar in der Weise, daß systematisch die Staatsstempel des Revisors nachgemacht und nach der Schienenabnahme die untauglich befundenen Schienen des Bochumer Vereins mit den inzwischen angefertigten falschen Stempeln gestempelt wurden. Und dies ist, wie ich behaupte, mit Wissen Baares geschehen.“

„Auf diese in- wie außerhalb des Gerichtshofes ungeheures Aufsehen erregende Anklage erklärte Baare, nachdem er vorher noch durch den Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht worden war, daß, wenn er sich bewußt sei, sich einer strafbaren Handlung zu bekennen, er die Antwort verweigern könne: „Selbstverständlich ist so etwas niemals vorgekommen; daß einmal gefälschte Schienen bei einer Lieferung mit unterlaufen, kommt bei jedem Werke vor. . . . Jedensfalls ist mir von einem derartigen Vorgang nichts bekannt.“ — Im Verlaufe desselben Verhörs wiederholte Baare seine Ableugnung, indem er erklärte: „Ich wiederhole, daß mir von alledem, was der Herr Verteidiger vorgebracht, nicht das Mindeste bekannt ist.“ Diese Aussagen Baares finden sich, mit unwesentlichen Abweichungen, in allen Berichten über den Prozeß. Wir haben nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, also dem Organ des Herrn Baare, das den von ihm repräsentierten Kapitalinteressen mit Haut und Haar ergeben ist, zitiert.

„Es steht also fest, daß Baare unter Eid jede Mitwisserschaft an den Stempelfälschungen z. abgelehnt hat. Wie verträgt sich aber diese eidliche Aussage mit der Mitteilung des Staatsanwalts Schlüter, wonach Baare der Mitwisserschaft durch die Zeugenaussagen überführt erscheint, die Fälle aber verjährt seien? —

„Der Zeuge Baare hat keinen Vorbehalt bezüglich neuer und alter Fälle gemacht, er hat auf seinen Eid hin ausgesagt, daß „so etwas niemals vorgekommen“ und daß ihm nicht „das Mindeste“ bekannt sei.

„Das sind Aussagen, so positiv, daß ein Deuteln und Drehen daran nicht möglich ist.

„Den Zeugeneid aber hat Herr Baare erst Anfangs Juni vorigen Jahres geschworen, von einer Verjährung könnte also in diesem Falle nicht die Rede sein. Wie verträgt sich aber die unter diesem Eide gemachte Aussage Baares mit den neuerlichen Angaben des Herrn Staatsanwalts? Auf die Lösung dieser Frage darf man wirklich gespannt sein.“

Der Baare-Skandal fängt jetzt wieder an, das Ausland zu beschäftigen. In Frankreich und England versteht man einfach nicht, wie es nach dem was jetzt über jeglichen Zweifel feststeht, möglich ist, daß Baare nicht auf der Bank der Angeklagten zu sitzen hat. Für die Verjährungstheorie der Bochumer Eisenbahnverwaltung hat man in den Ländern mit ausgebildetem Rechtsgesühl und ausgebildeter Rechtspraxis kein Verständnis. Wir haben es schon vor Monaten gesagt, daß der Schaden, welchen die Baare'schen Pra-

tiken unserer Industrie zugefügt haben, nichts sei, verglichen mit dem Schlag, den unser moralisches Ansehen erleiden werde, wenn ein Baare ungestraft bleibe. Und — jetzt scheint das ja ausgemachte Sache.

Die Opposition hat sich wieder eine Niederlage geholt. Nach Bielefeld kam Herr Wilhelm Werner, um seine Sprüchelein gegen Auer und Bebel und über die Korruption in der Partei zu erzählen. Aber er hat dabei gar schlechte Geschäfte gemacht. Die zahlreich besuchte Volksversammlung nahm nämlich, obgleich Werner dreimal gesprochen hatte, mit allen gegen 7 Stimmen folgende Resolution an:

„Die heutige Versammlung spricht ihre entschiedene Mißbilligung darüber aus, daß von einzelnen Personen durch Veranstaltung der heutigen Versammlung der Versuch gemacht worden ist, den Berliner Streitigkeiten auch hier in Bielefeld Eingang zu verschaffen. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie sich den Ansichten des Herrn Werner bezüglich Agitation und Taktik nicht anschließen kann, sondern die Beschlüsse des Ersturtheilungstages in ihrem ganzen Umfange anerkennt und jeden Versuch, eine Zerspaltung der Kräfte am hiesigen Orte herbeizuführen, auf das Entschiedenste zurückweist. Ebenso werden auch die Verleumdungen gegen die Parteileitung, welche aus alten erprobten Genossen besteht, als unbegründet zurückgewiesen; persönliche Streitigkeiten sind nicht mit den Parteigrundsätzen zu verquiden.“

Ausland.

Italien.

Die Raslosigkeit der italienischen Regierung gegenüber der sozialen Frage offenbarte sich in wahrhaft mitleiderregender Weise, als vor einigen Tagen der Notstand unter der arbeitenden Bevölkerung Roms von drei Abgeordneten der Hauptstadt in einer Interpellation zur Sprache gebracht ward. Daß die Lage der Arbeitermassen eine entsetzliche ist, wurde von den Ministern nicht geleugnet — aber das lasse sich leider nicht ändern — was die Regierung tun könne — durch Bauten u. s. w. — das werde sie tun. Aber mehr als 1500 könne sie nicht beschäftigen, und diese auslos höchstens auf 2 Monate. Der eine der Interpellanten, Barcellai, ein Radikaler, meinte, damit sei so gut wie nichts genügt und erinnerte an die Arbeiterkrawalle, die vor drei Jahren unter ähnlichen Verhältnissen entstanden. Die Regierung suchte die Achseln und — wirtschaftet weiter.

In Reggio dell' Emilia hat der Sindaco eine Ruadmachung erlassen, in welcher die Arbeiter zur Ruhe aufgefordert werden. Der Viktor Emanuel-Platz ist militärisch besetzt. Eine Ansammlung von etwa 500 Arbeitern, die Brot und Arbeit verlangten, wurde alsbald zerstreut. Die Not von der Straße zu verjagen, sie aus dem Angesicht der Öffentlichkeit zu verbannen, ist das einzige „Hilfsmittel“.

Frankreich.

Die französische Volksschule unterscheidet sich von der preussischen, die nun geschaffen werden soll, wie der Tag von der Nacht. Namentlich gilt dies in Bezug auf das Verhältnis zwischen Schule und Kirche. Es findet in Frankreich schon in der Volksschule eine vollständige Trennung der Kirche von der Schule statt. Artikel 17 des Gesetzes vom 31. Oktober 1886 ordnet an, „daß in den öffentlichen Schulen jedes Grades der Unterricht ausschließlich weltlichen Personen übertragen werden darf.“ Diese Bestimmung, eine Folge des Grundgesetzes, daß die öffentliche Schule, welche allen geöffnet ist, hinsichtlich der Religion neutral sein muß, schließt sowohl die Mitglieder geistlicher Orden als auch die Weltgeistlichen von der Erteilung des öffentlichen Elementarunterrichtes aus. Religionsunterricht wird nicht erteilt. Dagegen fällt der Schulunterricht an einem Wochentage und zwar im ganzen Lande am Donnerstag aus, und dadurch ist den Kindern Gelegenheit geboten, ihren religiösen Pflichten außerhalb der Schule zu genügen. Mit der Verbannung des Religionsunterrichtes aus der Schule hat aber die französische Gesetzgebung nicht den Einfluß auf die sittliche Ausbildung der Jugend aus der Hand gegeben. Der hohen Aufgabe der Schule, gute Menschen und Bürger zu erziehen, soweit sie mit ihren Einrichtungen dies erreichen kann, sucht die französische Volksschule auf Grund der allen gemeinsamen Sittenlehre gerecht zu werden, ohne die dogmatische Glaubenslehre hinein zu ziehen. Der Unterricht, welcher unter der Bezeichnung „Sittenlehre“ (Education morale) erteilt wird, erscheint in hohem Grade geeignet, diesen Zweck zu erfüllen. Der Lehrplan für diesen Gegenstand ist z. B. auf der Mittelschule der Pariser Volksschule (für Kinder von 9—11 Jahren) der folgende: „Das Kind in der

Familie: Pflichten gegen die Eltern und Großeltern, Gehorsam, Achtung, Liebe, Erkenntlichkeit. Die Eltern in ihrer Arbeit unterstützen, ihnen in Alter und Krankheit beistehen. — Pflichten gegen die Brüder und Schwestern: einander lieben; die älteren sollen die jüngeren unterstützen; die Mächt des Beispiels. — Pflichten gegen die Dienstboten: sie mit Höflichkeit und Güte behandeln. — Das Kind in der Schule: Fleiß, Belehrigkeit, Arbeit, Betragen; Pflichten gegen die Lehrer und Mitschüler. — Das Vaterland: Seine Größe, sein Unglück; Pflichten gegen das Vaterland und die Gesellschaft. — Pflichten gegen sich selbst: Der Körper, Reinlichkeit, Enthaltbarkeit, Gefahren der Trunksucht; Uebung des Körpers. — Die äußeren Güter: Sparsamkeit, Vermeidung von Schulden, das Vaster des Spiels, übermäßiger Hang zu Geld und Gewinn, Verschwendung, Geiz. — Die Arbeit (eine Zeit nicht verlieren, alle Menschen sind zur Arbeit verpflichtet, die Ehre der Handarbeit). — Die Seele: Wahrheitsliebe und Offenheit; niemals lügen; persönliche Würde, Achtung vor sich selbst. Bescheidenheit, nicht blind für die eigenen Fehler sein; Vermeidung des Stoißes, der Eitelkeit, Gefalsucht und Leichtfertigkeit. Die Schande der Unwissenheit und Faulheit. Mut in Gefahr und im Unglück. Gefahren des Jornes. — Die Tiere mit Milde behandeln, sie nicht unnützlich leiden lassen. — Pflichten gegen Andere: Gerechtigkeits und Milde. Niemals Lebn, Person, Vermögen oder Ruf bedrohen. Güte, Brüderlichkeit, Duldsamkeit, Achtung vor dem Glauben Anderer.“ Dieser Unterricht, welcher den Kindern in einer ihrem Auffassungsoermögen entsprechenden Weise erteilt wird, bildet eine würdige Aufgabe der Volksschule. In solcher Weise sorgt die französische Volksschule für die sittliche Erziehung der Kinder; indem sie einen Tag in der Woche für den religiösen Unterricht frei giebt, giebt sie der Kirche was der Kirche ist; aber sie verlangt auch für die Schule, was der Schule ist. Auf dieser grundsätzlichen Trennung von Kirche und Schule beruhen hauptsächlich die eminenten Fortschritte, welche das französische Volksschulwesen in dem letzten Jahrzehnt gemacht hat.

Arbeiterbewegung.

In Lille streiken nach einer Mitteilung der „Voss. Zeitung“ sämtliche Omnibus- und Pferdebahndiensteten.

Auf den Zechen in La Louviere (Belgien) dauert der Streik fort. Neue Lohnherabsetzungen stehen in Aussicht.

Arbeiterentlassungen. Das königliche Feuerwerkslaboratorium in Spandau kündigte 500 Arbeitern.

Die Arbeitslosigkeit macht sich auch in Australien in immer schlimmerer Weise bemerkbar, damit aber auch energische Versuche, der Not zu steuern. Wie aus Melbourne berichtet wird, ist daselbst die Bewegung zu Gunsten der unbeschäftigten Arbeiter in ein ernstes Stadium getreten. Der Rat der Handwerker und Arbeiter nahm eine Resolution des Inhalts an, daß der unverzügliche Zusammentritt des Parlaments nötig sei, um die Ausführung öffentlicher Arbeiten zur Beseitigung des Notstandes unter den Arbeitern zu veranlassen.

Kleine Chronik.

Spandau. Ein aus Berlin vom Lehrter Bahnhof einlaufender Zug zermalmt die Frau eines Bahnhüters, die ihrem Manne Essen brachte.

Oderberg. Auf den zahlreichen Dampfschneidmählen sind zirka 250 Arbeiter entlassen worden.

Die Beerdigung der Frau Pöus. Dessau. Heute Nachmittag fand hier die Beerdigung der so früh aus dem Leben geschiedenen Frau unseres schwer geprüften Genossen Pöus statt, der gegen eine Kaution von 5000 Mk. nun doch noch aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist. Trotz des Regens und des weiten Weges nach dem Friedhofe hatten sich doch zirka 1200 Personen eingefunden, die der Entschlafenen das letzte Geleit gaben. Zahlreich waren die Kränze, die unter entsprechenden Widmungsworten auf das Grab niedergelegt wurden. Außer vielen Privatleuten hatten folgende Vereinigungen Kränze gespendet: Parteigenossen von Dessau; Leseklub Karl Marx, Berlin; Deutsche Gutfabrik, Berlin; Gesangverein „Vorwärts“ II, Berlin; Städtische Gesellschaft, Berlin; Arbeiterverein Dessau; Maurer von Dessau; Gesangverein „Vorwärts“, Dessau; Ziegeleiarbeiter, Dessau; Volksklub für Anhalt, Dessau; Sozialdemokratischer Agitationsklub, Berlin-Dt.; Genossen in Köthen; Parteigenossen des Wahlkreises Magdeburg; Genossen von Kösnig; Genossen von Bückau; Allgem. Arbeiterverein, Magdeburg; Frauen, Berlin;

Frauen, Köthen; Frauen- und Mädchenverein „Unverbrochen“, Dessau; Genossen von Bernburg.

Die verkommene Ehre. Die „Hamb. Nachrichten“ melden unter allen Zeichen des Entsetzens an der Spitze des Blattes über eine polnische Bearbeitung von Sudermann's „Ehre“.

Gerichtliches.

Strenges Urteil. Dresden. In dem Prozeß gegen den internationalen Gauner Emil Hammerstein ist gestern nach 16 tägiger Verhandlung endlich das Urteil gefällt worden.

Parlamentsbericht. Deutscher Reichstag.

169. Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge aus dem Hause und zwar zunächst die erste Beratung des Antrages Mittelien wegen Aenderung der Strafprozessordnung in Bezug auf die Wiederaufnahme des Verfahrens, sowie die Entschädigung für ungeschädigte Strafen.

Abg. Krieger (Z.) führt aus, daß jedes Verbrechen seine Strafe finden müsse, aber ebenso notwendig sei es auch, daß die Unschuldigen eines fälschlich Angeklagten und Verurteilten freigesetzt und daß für die ungeschädigten Strafen und für sonstige Nachteile ihm eine Entschädigung gewährt wird.

Abg. v. G. (D.): Der früheren Kommission wurde 1891 kein Nachweis gegeben über die Fälle, in denen bei der Wiederaufnahme die Strafe erloschen ist, seit der Justiz-Reorganisation waren 263 Fälle vorgekommen und ungefähr in der Hälfte derselben war die Strafe verblieben.

Unschuldig erweisen ist und solchen, von deren Schuld der Richter sich nicht überzeugen konnte, wäre eine Willkürlichkeit. Eine kommissarische Beratung halte ich auch nicht für notwendig, ich würde aber, wenn sie beantragt würde, aus Höflichkeit mich nicht dagegen erklären.

Abg. Schneider, Hamm (natl.): Es handelt sich hier um eine Forderung der Gerechtigkeit und da braucht man sich um die Einzelheiten der Ausführung nicht zu sehr den Kopf zu zerbrechen; es wird eben eine Form unter allen Umständen gefunden werden müssen.

Abg. Frohme (Soz.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

Abg. v. G. (D.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

Abg. v. G. (D.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

Abg. v. G. (D.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

Abg. v. G. (D.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

Abg. v. G. (D.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

Abg. v. G. (D.): Wenn die Regierung in einem Rechtsstaat es mit ihrer Würde für vereinbar hält, sich zehn Jahre an die Erfüllung einer Forderung der Gerechtigkeit mahnen zu lassen, ohne Schritte zu tun, dem Rechtsbewußtsein wirklich zu genügen, so meine ich, ist es um so mehr die Pflicht der Volksvertretung, das Unwürdige eines derartigen Zögern ins rechte Licht zu stellen.

geen Raution nicht erwirken, trotzdem seine Frau auf dem Sterbebette lag. Wenn nun das Volk zugleich in den Zeitungen liest, daß Mörder — ich weise auf die Duelle hin — vernadigt werden, so wird das Rechtsgefühl des Volkes auf's Tiefste gekränkt.

Präsident v. Lwow: Sie haben den Ausdruck „Korruption“ zweimal gegen die Justiz gebraucht. Ich halte diesen Ausdruck für unzulässig und bitte, ihn nicht wieder zu gebrauchen.

Abg. Frohme (fortfahrend): Aus den angeführten Tatsachen mag Jeder die Schlussfolgerung selbst ziehen. Betrachten Sie diese Verhältnisse nicht lediglich unter dem nächstern Gesichtspunkt der Jurisprudenz, sondern des Rechtsbewußtseins des Volkes.

Abg. v. G. (D.): Es sind in der letzten Zeit allerdings Klagen darüber laut geworden, daß Unschuldige in größerer Zahl als sonst verurteilt sind. Eine genaue Statistik liegt allerdings darüber nicht vor.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Februar 1892.

Stadtverordneten-Versammlung vom 11. Februar. Der stellvertretende Vorsitzende, Gewerbeschuldirektor Dr. Fiedler, eröffnete die Sitzung mit der Meldung, daß in Sachen des Kaufmanns Dreifka, dessen Wahl zum Stadtverordneten i. Z. vom Wahl-Ausschuß beanstandet wurde) wider die Stadtverordneten-Versammlung zu Breslau das Kgl. Oberverwaltungs-Gericht einen Termin auf den 23. Februar c. anberaumt habe.

gereinigt und getrocknet werden können. Die Kinder müssen die Wäsche naß mit nach Hause nehmen. Die Beaufsichtigung durch den Schuldiener, wenn auch ein Lehrer oder eine Lehrerin zugegen sei, werde sich, wenn die Frequenz der Bäder eine größere wird als ungenügend herausstellen, und es müssen dazu besondere Leute angestellt werden. Auch empfehle es sich, den Kindern nach dem Bade etwas zu essen zu geben, da das Bad hungrig mache. Eine Störung des Schulunterrichts sei unvermeidlich. Wenn die Bäder in allen Schulen eingerichtet werden sollten, so würde dies der Stadt sehr kostspielig werden, und er glaube, daß die Schulbadfrage am besten mit der Errichtung von Volksbädern, die ja durch das „hochherzige“ Vermächtnis des verstorbenen Landesökonomie-Rat Korn in sicherer Aussicht ständen, zu lösen sein würde. Von allen Stadtverordneten, welche sich nun an der Debatte beteiligten, tritt nur Dr. Steuer warm für die Schulbäder ein. Kaufmann Weinhold ist entschieden gegen dieselben. „Nicht genug, daß wir den armen Schulkindern unentgeltlichen Unterricht gewähren, Essen und Bekleidung geben, sollen wir sie jetzt noch waschen und bereinigen.“ Dr. Eisner tritt den Ausführungen des Stadtverordneten Weinhold insofern entgegen, als er die Reinigung der Schulkinder für notwendig hält. Die Kinder würden sich durch die Bäder an Reinlichkeit gewöhnen und sie zu Hause auch einführen, dann würden auch die Eltern der Kinder mehr für Reinlichkeit Sorge tragen. Er tritt für den Antrag ein. Stadtschulrat Pfundner giebt die vom Referenten geschilderten Mängel zu, will in der Sache weitere Erfahrungen sammeln, um dieselben beseitigen zu können. Dr. Steuer meint, man solle die Schulbäder nicht mit den Volksbädern verbinden. In seiner Stadt, wo Schulbäder bestehen, sei dies geschehen. Die Stiftung des verstorbenen Rat Korn werde überschätzt; der Betrag derselben ist vielleicht nur 50 000 Mark. Der Magistrat habe sich schon vorher mit der Errichtung von Volksbädern beschäftigt und werde in Kürze ein diesbezüglicher Antrag der Stadtverordneten-Versammlung zugehen. Er begreife nicht, wie Herr Weinhold einen solchen Standpunkt einnehmen könne. Gegen das Turnen habe man seiner Zeit auch Einwendungen erhoben und schließlich hat man einsehen gelernt, wie nützlich das Turnen ist. Dasselbe wird auch bei den Schulbädern der Fall sein, und er hoffe, daß auch Herr Weinhold sich mit ihnen befreunden werde. Herr Weinhold bleibt bei seinem Standpunkt stehen. Stadtverordneter Rudolph erklärt, er wäre früher ein Gegner der Schulbäder gewesen, sei aber jetzt ein Freund derselben. Der Magistrats-Antrag wird angenommen. Der Vorsitzende macht nun die Meldung, daß von 35 Stadtverordneten eine Interpellation eingelaufen sei bezüglich des Volksschulgesetzentwurfs. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten erlauben sich angesichts des dem preussischen Landtage zur Beratung und Beschlußfassung überreichten Entwurfes eines neuen Gesetzes über die Volksschule an den hochwürdigen Magistrat die ergebene Anfrage, ob und was der Magistrat zu tun gedenkt, um die nach dem Entwurfe geplanten wesentlichen Beschränkungen unserer kommunalen Selbstverwaltung in der Bildung und Leitung unserer Volksschule tunlichst abzuwenden?“

Der Vorsitzende fragt an, ob sofort in die Beratung eingegangen werden solle; die Frage wird bejaht und Herr Apotheker Müller erhält das Wort zur Begründung der Interpellation. Er wolle, so führte der Redner aus, in diesem Saal weder politischen noch konfessionellen Hader hineintragen. Aber er halte es für seine Pflicht als Stadtverordneter, gegen die vielen Beschränkungen, welche das Gesetz in Betreff der kommunalen Selbstverwaltung enthält, Front zu machen. Redner weist nach, in welcher Weise die Selbstverwaltung durch das neue Gesetz beschränkt werden würde und meint, daß es fraglich erscheine, ob vermöge der neuen Bestimmungen die Volksschule wird so segensreich wirken können, wie früher. Oberbürgermeister Bender erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Aus der langen, zum Teil durch die fortwährenden Unterhaltungen der Stadtverordneten unverständlichen Rede können wir nur mitteilen, daß der Magistrat sich durch das Gesetz in Verlegenheit gesetzt sieht, weil in diesem Gesetze mit Fragen, welche die Gemeindebehörde betreffen, auch politische Fragen verbunden werden, so daß es dem Magistrat schwer wird, den kommunalen Standpunkt hochzuhalten. Der Magistrat sei aber zu dem Entschlusse gekommen, eine Petition gegen das Schulgesetz abzufassen und die Stadtverordneten zum Beitritt zu ersuchen. Ferner beabsichtigt der Magistrat, demnächst einen Stadttag einzuberufen, an welchem alle Städte über 10 000 Einwohner sich beteiligen sollen, um gemeinsame Schritte bei der königl. Regierung tun zu können. In der darauf folgenden Verhandlung über die Schlachthoffrage, in welcher

Stadtverordneter Grund die Gründe des neuen Projektes, den Schlachthof in Bopelwitz zu errichten, der Versammlung auseinandersetzte, kam es zu keinem Beschlusse. Die Verhandlung über diesen Gegenstand wurde vertagt. Schluß der Versammlung 6^{3/4} Uhr.

Wir können nicht unterlassen, einen Uebelstand in den Stadtverordneten-Versammlungen öffentlich zu rügen. Die Herren führen ohne Unterlaß, auch während die Referenten ihre Vorträge halten, ziemlich laute Privatunterhaltungen, so daß es oft schwer wird, die Referenten zu verstehen, wenn sie nicht mit sehr lauter Stimme sprechen. Die Stadtverordneten haben über das Wol der Stadt zu beraten und da meinen wir, müßte mit größter Aufmerksamkeit den Ausführungen der verschiedenen Referenten gefolgt werden. Das kann aber nicht geschehen, wenn man sich fortwährend unterhält. Wo bleibt da der parlamentarische Takt? Sollte die Klingel des Vorsitzenden sich als zu schwach erweisen, dann schaffe man doch eine neue mit eindringenderem Tone an.

Aus den Breslauer Krankenhäusern. Im Monat Januar 1892 sind nachstehende Veränderungen im Personenstande zu verzeichnen gewesen:

Kranken-Anstalten.	Bestand		Zunahme		Abnahme	
	1. Januar.	31. Januar.	Neu aufgenommen.	Entlassen.	1. Januar.	31. Januar.
Kloster der barmherzigen Brüder	214	252	253	213	18	13
Behanien	101	145	112	134	9	9
Wilhelm-Augusta-Hospital	9	47	41	15	—	—
Augusta-Hospital des Waterländischen Frauen-Vereins	18	21	19	18	—	—
Wenzel-Hantel'sches Krankenhaus	118	47	32	133	8	8
Israelit. Kranken-Verpflegungs-Anstalt (Fränkische Stiftung)	27	82	38	26	8	8
Elisabethinerinnen-Krankenanstalt (Antonienstraße)	79	100	84	95	10	10
Elisabethinerinnen-Krankenanstalt (Kleine Domstraße 8)	18	17	15	15	—	—
Maltheser-Kinderhospital zu St. Anna	21	25	22	24	6	6

Vermisst. Das 12 Jahre alte Mädchen Gertrud Krautwald, welches als städtisches Kostkind bei einem Zimmermann auf der Bismarckstraße in Pflege ist, ist seit dem 10. d. Mts. Abends spurlos verschwunden.

Manufaktur kann der Mensch nie genug haben, dachte der hiesige Fortschrittsverein und so ließ er denn die vom Abgeordneten Barth kürzlich hier gehaltene Rede extra drucken und gestern gratis auf der Straße verteilen. Da gerade Schulschluß war, fanden die handlichen Blätter namentlich bei der jüngsten Generation bis zum kürzesten Kleidchen herab reißenden Absatz. Ein kleiner Knirps, der sich sofort mitten auf dem Fahrweg in die salbungsvollen Ergüsse vertiefte, wäre um ein Haar unter die Räder eines Wagens geraten. Hoffentlich fehlt ihm auch bei späteren Verhandlungen mit dem Freisinn eine rettende Hand nicht. Es ist übrigens nur eine Vermutung, daß die betreffenden Flugblätter vom hiesigen Fortschrittsverein ausgehen, da, dem Proßgesetz zuwider, ein Herausgeber auf denselben nicht genannt ist.

Diebstahl. In der letzten Zeit sind von fünf Erbbegräbnissen des jüdischen Friedhofs an der Lohestraße die Zinkbedachungen im Wert von 30 Mk. entwendet worden.

Die „traditionelle“ Moral des Ultramontanismus. In der am Sonntag, den 7. d. Mts., stattgefundenen Volkerversammlung beleuchtete Genosse Kunert das Verhalten der verschiedenen bürgerlichen Parteien zu dem Volksschul-Gesetzentwurfe. Dabei wurde das heuchlerische Verhalten des Zentrums und besonders eine Rede des Abg. Dr. Borsch hervorgehoben. Dieser Zentrumsführer sagte unter anderem: „Die schlimmsten Folgen hat aber ein Fortschreiten der Ungläubigkeit in den unteren Massen, in denen sich nicht, wie in den oberen, eine traditionelle Moral fortpflanzen kann u. s. w.“ Genosse Kunert beleuchtete hierbei in gehöriger Weise diese Heuchelei und legte an der Hand von Beispielen dar, wie es mit der „traditionellen Moral“ in den Kreisen der Geistlichkeit eigentlich aussieht. Da der Kampf gegen den heuchlerischen Ultramontanismus — nicht gegen die Religion — nicht scharf genug geführt werden kann, so soll unseren Genossen und denen, die es werden wollen, diese „traditionelle Moral“ noch weiter erklärt werden. Wie herrlich es sich unter der Herrschaft des Krummstabes leben ließ, das soll hier bewiesen werden durch historische Begebenheiten, und zwar zunächst an dem gelehrten Reformator Johannes Huf. Geradezu empörend sind da die Eigenlichkeiten, die das Pfaffenstum an diesem gelehrten, überzeugungstreuen Manne verübt hat. Es läßt sich dieses sehr schlecht mit

Christentum und Nächstenliebe in Einklang bringen. — Johannes Huf kämpfte bekanntlich gegen die grauenvollen Zustände der Kirche während seiner Zeit. Rastlos wurde er sofort als Ketzer verfolgt; der Papst verhängte den Bann über ihn und sollte er sich vor dem Konzil zu Konstanz verantworten. Huf erschien auch auf diesem Konzil, nachdem ihm der Kaiser Sigismund sicheres Geleit zugesichert hatte. Dieser elende Kaiser brach aber sein Versprechen, denn Huf wurde bald nach seinem Eintreffen in Konstanz durch ein paar Bischöfe und den Bürgermeister dieser Stadt verhaftet. Wie behandelten aber die „Diener Gottes“ diesen edlen Mann? Die Feder sträubt sich, all diese schrecklichen Handlungen aufzuzeichnen! Das Konstanzer Kantorenhaus schien seinen Feinden nicht fest genug, deshalb übergaben sie ihn am 5. Dezember 1414 den Predigermönchen, und diese warfen denselben in eine Kellergrube, durch welche der Urat ihrer Aborte floß. Schon die ersten Stunden des Aufenthaltes stürzten den Reformator in ein gefährliches Fieber. Als das die Mönche dem Kardinalkollegium meldeten, sandte dieses sogleich einige Ärzte, denn sie wollten ihn nicht heimlich morben, sondern ein öffentliches Beispiel aufstellen. Für den Fall, daß die Kunst der Ärzte sich unwirksam erweise, sollte vor dem Verschleiden Huf hingehängt werden. Die Ärzte hatten als erste Heilbedingung die Verlegung in eine gesunde, oberirdische Zelle vorgeschlagen, die Kardinalie bewilligten dies auch. Auf Anträgen der päpstlichen Stände, gestützt auf den Geleitsbrief des Kaisers, hatte sich dieser entschlossen, die Freilassung des Gefangenen anzuordnen. Raum erfuhr aber die Kardinalie von diesem Befehl, so stießen sie, ergrimmt über die Einmischung der weltlichen Gewalt, den kranken Mann wieder in die Mordgrube, schlossen ihn mit einer Kette an die Wand und vermauerten den Zugang bis auf den Schalter für Speise und Trank (Kommel, Johannes Huf). Diese abermalige Lebensgefährdung erforderte Bewilligung des Papstes; eine eigene „Hufen-Kommission“ wurde aus Kardinalen, Bischöfen und Ordensgenerälen niedergesetzt. Dieselbe entsandte aus ihrer Mitte den Patriarchen von Konstantinopel und die Bischöfe von Kastella an die Öffnung des Kerkers, von dort aus dem Gefangenen die Wahl zu lassen, ob er sich noch heute vor der Kommission verteidigen oder aber die Fragen der Deputation mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten wolle. Huf, eben von einem Fieberanfälle heimgelacht und am ganzen Leibe zitternd, erhob sich mühsam von seinem Strohlager und sprach mit bebender Stimme: „Ihr seht, ehrwürdige Väter, meinen demaligen Zustand. Sagt selber, ob Ihr mich für fähig haltet, meine Sache vor Euch oder gar vor einer öffentlichen Versammlung zu verteidigen?! Unterrichtet lieber diejenigen, die Euch gesandt haben, von dem, was Ihr gesehen habt, und meldet ihnen, daß ich trotzdem — Gott wird mich stärken — trotz allem Jammer und Glend, meine Lehre verteidigen will, wenn Sie nur so gnädig sind, mir einen Advokaten zu gestatten.“ — Diese rührende Bitte überbrachten die Deputierten der Kommission, welche nach kurzer Beratung beschloß: „Weil ein alter, unverwerflicher Kanon jedweden Christenmenschen den Umgang mit einem Ketzer verbietet, kann auch dem Johannes Huf kein Anwalt gestattet werden.“ Die Mitteilung dieses namenlosen Beschlusses fügte zum Anblick und Geruch der Kloake, zum Mangel an Nahrung und Pflege, zu den übrigen Schrecknissen eines schrecklichen Aufenthaltes begrifflicher Weise auch ein tiefes Seelenleiden. So unaussprechlich litt Johannes Huf. Trotz alledem ließ sich der überzeugungstreue Mann nicht zum Widerruf bewegen. Gräßliche Zeremonien wurden vor seiner Hinrichtung mit ihm vorgenommen. Dem Unglücklichen wurde eine papierne Mütze auf das Haupt gesetzt, worauf ein Teufel gemalt war, der an seiner Seele zerrte. Der Erzbischof von Mainz und sechs andere Bischöfe vollzogen darauf die letzte geistliche Handlung an ihrem Opfer, indem sie erklärten: „Die Kirche hat nun nichts mehr mit Dir zu schaffen, sie übergibt Deinen Leib dem weltlichen Arme, Deine Seele dem Teufel.“ Diese Entscheidung qualifizierten die höchsten Würdenträger der Kirche als eine spezifisch „christliche.“ Am 6. Juli 1415 wurde Huf samt seinen Büchern verbrannt. Solche Schandthaten sind nicht an Huf allein verübt worden; Tausende und Abertausende haben die „Segnungen“ der Herrschaft des Krummstabes erfahren und an sich erdulden müssen. Daß die Ultramontanen trotzdem behaupten, Moral und Sittlichkeit sei nur durch Religion zu heben, das ist eben, gelinde gesagt, ihrer Dreistigkeit zuzuschreiben. Möchten doch die „Schäfers“ erst erkennen, wie es die Pfaffen in ihrer Machtfülle getrieben haben, sie würden sich für solche „Hirten“ bestens bedanken. Aber das

ist es ja, mit zärtlicher Sorgfalt sorgen ja diese „Damen“ dafür, daß ihre „Schäfchen“ die Wahrheit nicht zu hören bekommen. Dies aber wollen wir tun und soll hier nur noch etwas über die „traditionelle Sittlichkeit“ der hohen und auch niederen Geistlichkeit erzählt werden, von vergangenen Zeiten und auch jetzt. Das Institut des Ablasshandels für sich allein beweist zur Genüge, in welchem Zustande sich die Kirche befand. Es ist zur richtigen Beurteilung der Verhältnisse zweckmäßig, noch auf ein paar Tatsachen anderer Art hinzuweisen. So hat Papst Sixtus IV. zu Rom große Freudenhäuser anlegen lassen. Später wurde dann der sogenannte „Milchzins“ eingeführt, der von den Prostituirten erhoben wurde. (Siehe Agrippa, sowie Spillers Geschichte des Papsttums.) Ueber die Moral des Priesterthums dieses und der folgenden Jahrhunderte giebt uns Corvin in seinem „Paffenpiegel“ mehr als genügende Auskunft. Der Augsburger Reichstag von 1580 fand es für nötig, den Domherren zu verbieten, ferner — Straßenraub zu treiben oder durch ihre Knechte treiben zu lassen. (Arnoldi, historische Denkwürdigkeiten, S. 36.) Ist es noch nötig, auf den Papst Alexander VI. aufmerksam zu machen, der von 1480—1503 auf dem Stuhl Petri saß? Wir glauben, Luteria Gorgia, seine Geliebte, und alles, was mit diesen beiden Namen zusammenhängt, ist auch in katholischen Kreisen bekannt genug, so daß wir es uns sparen können, den Raum der „Volkswacht“ damit in Anspruch zu nehmen. Genug an dem: bis in die Neuzeit hinein hat der Ultramontanismus seine Ursache, sich als Wächter über Moral und Sittlichkeit aufzuwerfen. — Wächten doch allenthalben die Genossen und Genossinnen bestrebt sein, diese soeben gekennzeichnete „traditionelle Moral“ des Paffenstums aufzuheben, namentlich in den katholischen Gegenden, damit die uns noch Fernstehenden endlich aufgerüttelt werden und erkennen lernen, wohin es führt, wenn der Kampf gegen das Paffenstüm, den heuchlerischen Ultramontanismus, nicht bis aufs Messer geführt wird. Wollen wir diesen der „Segnungen“ der Herrschaft des Krummhalses nicht in noch größerer Maße theilhaftig werden, dann müssen wir die der völkerverfeindenden Sozialdemokratie entgegen.

Thuidium.
Zur Verhaftung gesucht wird der Schneider Karl Schmidt, welcher sich als Zuschneider Schmidt und auch als Zuschneider Karl Steinberg ausgibt. Am 11. d. Mts. hat er u. a. bei einem Kürschner auf der Holsteistraße einen Ueberzieher entwendet und verfehlt.

Solidarität. Am Mittwoch, den 10. Februar, referirte Genosse Sejer in oben benanntem Klub nicht, wie durch Annonce bekannt gegeben, über die Arbeitszeit in den Regierungsbezirken Siegnitz und Breslau, sondern über „Arbeiterwohlfahrtsvereine speziell in Schlesien“. Da die Bourgeois, wie auch die kirchliche Presse in letzter Zeit durch ein Bedenken erregendes Renommiren mit diesen herrlichen Einrichtungen, welche angeblich zu Ruh und Frommen der Arbeiter bestehen sollen, hinreichend Gelegenheit boten, dieses Thema zu behandeln, wies Referent in einstündigem Vortrag an der Hand von statistischen Berichten der Bourgeoisblätter nach, daß diese schönen Sachen zum größten Teil nur auf dem Papier zu finden sind. In einzelnen größeren Etablissements seien z. B. Speise-Anstalten errichtet, welche aber nach obigen Berichten von den Arbeitern eher gemieden als benutzt werden, und das wol aus sehr naheliegenden Gründen; denn weiter hören wir, daß „darinnen Kaffee und Suppe noch unter dem Selbstlohnpreise abgegeben werden“. Hier zeige sich deutlich einmal der wehre Edelmann der Unternehmern. Was aber die Qualität jener Speisen resp. Getränke anbelangt, das näher zu untersuchen, scheinen jene Arbeiter nicht einmal der Mühe wert zu gelten, für welche dieselben bestimmt sind. Referent trüffte noch in längeren Ausführungen die „Wohlfahrtsvereine“ verschiedener schlesischer Etablissements, so auch die „billigen“ Wohnungen, welche angeblich zu Hunderten in Niederschlesien die Verwaltung der dortigen Glasfabriken für ihre Arbeiter gebaut habe. Für 6 Mark monatlich Miete 1 Wohn-, 1 Schlafzimmern und Küche. — Diesen Punkt beleuchtete Genosse Gadow, welcher mit den örtlichen Verhältnissen selbst vertraut ist, in der nachfolgenden Diskussion gebührend, indem er erklärte, daß diese billigen Wohnungen, für das Land berechnet, durchaus nicht als Bohnen zu betrachten seien, zumal die Unternehmer der dortigen Glasfabriken die Wohnungen nur in nächster Nähe der Fabrik gebaut hätten, damit ihre Arbeiter, abgeschlossen von aller Welt, sich an Rundgebungen irgend welcher Art ja nicht beteiligen, und so am besten ausgebeutet werden können. Es wurde dann beschlossen, Erkundigungen einzuziehen, ob sich in den chemischen Fabriken zu Wohlstand und Wohlsein bei Breslau, sowie in den Eisenbahnwerkstätten hierorts

Badeanstalten befinden und in welchem Maße dieselben den Arbeitern zu Gute kommen. Genosse Thater meinte, daß die sogenannten Wohlfahrtsvereine meist nur für die Beamten, Werkführer u. s. w. berechnet sind. Ferner wurde konstatiert, daß von Seiten der Eisenbahnbehörde nicht eine einzige Arbeiterwohnung in Breslau unterhalten wird. Nach Schluß der gut besuchten Versammlung ließen sich 5 neue Mitglieder einschreiben, ein Zeichen, daß der Klub sich des regsten Interesses der Genossen zu erfreuen hat. — r.

Nichts wahr ewig! Wie gewisse Arbeitgeber mit der Existenz der Arbeiter umgehen, beweist wieder einmal nachstehender Fall. Der Inhaber der Geschäftsbüchsen-Fabrik Hoferdt u. Co. richtete vor einiger Zeit Dampfmotoren nach Hannover'schem Systeme ein. Zu diesem Zweck verschrieb er sich aus Hannover Dampfer unter Zusage dauernder Stellung. Nachdem die Maschinen eingerichtet waren, stellte es sich auf einmal heraus, daß nichts zu tun sei. Kurzerhand wurde deshalb dem einen Dampfer gekündigt; der von der Kündigung Betroffene kann nun sehen, wo er bei dieser Jahreszeit seine Existenz weiter findet, wenn er nicht das Glück hat, zufällig wieder in Hannover in seine alte Stellung zu gelangen.

Betrug im Schneeglöckchen-Handel. Seit langen Jahren sind die Schneeglöckchen (*Galanthus nivalis*) nicht so zeitig auf unsere Märkte gebracht worden, wie in diesem Jahre, aber noch niemals haben sie auch durch so lange Zeit sich uns in der ersten, kümmerlichsten, gewissermaßen Hungerform präsentirt, wie in diesem Jahre. Schon mit den ersten Tagen des Februars wurden aus den Oberwäldern zwischen Brieg und Ohlau die ersten blühenden Schneeglöckchen gemeldet. Diese ersten Schneeglöckchen zeigen fast stets noch auffällig kleine, aufrechte, vollständig geschlossene Blüten, welche in Wirklichkeit nur Knospen sind, die erst in zwei bis drei Wochen ihre schützende Hülle verlassen haben würden. An jedem einzelnen Schneeglöckchen, welches auf dem Markte war, war die umhüllende Blütenhülle sorgfältig unter der Knospe weggerissen und durch diesen schlaun Handgriff aus der unteren Knospe scheinbar eine frühzeitige Blüte entstanden. Dieses betrügerische Manöver erklärt leicht die sonst schwer verständliche Tatsache, daß wir in diesem Jahre durch so lange Zeit keine voll entwickelten Schneeglöckchen, sondern nur scheinbare Hungerformen zu sehen bekommen.

Bersammlungen. Unser Parteigenosse, der Reichstagsabgeordnete Albert Schmidt aus Wittweida, sprach Sonntag Mittag im „Volksgarten“ über „die Taktik unserer Partei“ und Montag Abend bei Olafke, Gräbnerstraße, über: „die Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts“. — Beide Temata sind so hochwichtiger Natur für jeden Klassenbewußten Arbeiter, daß wir es für unsere Pflicht halten, auch an dieser Stelle Jedermann zu dem Besuch beider Versammlungen dringend zu veranlassen.

Sichersuchen. Unter dem Pferdebestande des Fuhrwerkbesizers Gottlob Lübeck in Herdain, im Gasthof „Kaisersruh“, ist die Kopfkrankheit konstatiert worden. — Unter dem Rindviehbestande der Erbshofstet zu Groß-Moschorn ist die Maul- und Klauenseuche zum Ausbruch gekommen, dagegen ist die Seuche unter dem Rindviehbestande des Freigutes Pleißche erloschen.

Was bedient. Freitag Nachmittags gegen 4 1/2 Uhr wurde am Ring in der Nähe der Albrechtsstraße ein ansehnlich dem Arbeiterstande angehöriger Mann von Krämpfen befallen. Der Unfall des Bedauernswerten kostete wie gewöhnlich eine Anzahl Zuschauer herbei, unter denen sich auch mehrere „anständige Herren“ befanden, die geschwinde mit ihrem Urtheil über den am Boden liegenden Proletar fertig waren. „Wie kann man doch Mitleid mit dem Kerl haben — der Kerl ist ja bejoffen“, rief einer von ihnen, als mitleidige Ausrufe aus dem Kreise der Umstehenden laut wurden. Treffend meinte darauf ein Arbeiter unter der Zustimmung der Anwesenden: „Na ja, wenn irgend ein nobler Herr sich knäppelnd bejoffen hat und dann hinführt, wird er geschwinde in eine Droschke gepackt und man sagt dann: dem Herrn ist ein bedauerlicher Unfall zugestoßen! Sobald aber ein Arbeiter auf der Straße erkrankt, dann heißt es einfach: der Kerl ist bejoffen!“ — Die „Herren“ schlugen sich sofort seitwärts in die Büsche.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 11. d. Mts. 80 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: Einem Uhrmacher auf der Großen Scheitnigerstraße eine goldene Remontoiruhr. — Abhanden kamen: Einem Sekretär aus Parowitz ein Kupfergeld; einem Agenten auf der Neuborstraße ein Portemonnaie mit 5 Mark Inhalt; einem Fräulein auf der Teichstraße ein Portemonnaie mit etwa 8 Mk. Inhalt. — Gefunden wurden: Ein Draufing, ein Portemonnaie und ein Spazierstock.

Breslauer Marktpreise vom 12. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.
Weizen, weißer . . .	21,70	21,40	20,60	20,10	18,70	17,70
Weizen, gelber . . .	21,60	21,30	20,60	20,10	18,70	17,70
Roggen	22,—	21,60	20,90	20,60	19,60	19,40
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafers	14,80	14,80	14,—	13,50	13,00	12,50
Erbsen	21,—	20,90	19,50	19,—	18,—	17,50

Hau (neues) 2,50—2,90 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Berichtliches.

Breslau, 12. Februar. Landgericht. — Strafkammer II. — Ein unehrlicher Neffe. Die Frau des Hofraths Wendert zu Nürnberg ertheilte am 15. November v. J. ihrem Neffen Hans Richter aus Döblich den Auftrag, für sie bei einer hiesigen Bankfirma 1200 Mk. zu erheben und diesen Betrag bei der Reichsbank-Hauptstelle hier selbst einzuhalen. Richter erhielt bei Erlangung des ersten Theils des Auftrages von der Bankfirma 574 Mk. baar ausgezahlt und außerdem wurde ihm eine über 600 Mk. lautende Aktie der Breslauer Wechselbank übergeben. Von der Letzteren trennte er den Theil ab und setzte auf die Rückseite desselben eine Quittung des Inhalts, daß eine hiesige Bank 1200 Mk. ad depositum in Empfang genommen habe. In der That hatte Richter aber gar nichts eingezahlt, sondern er verlebte das Geld in Breslau im Kreise seiner schnell gewonnenen Freunde und Freundinnen. Auf Antrag der geschädigten Frau Wendert wurde polizeilichzeitig auf Richter gefahndet und derselbe in Untersuchungshaft gebracht. Aus derselben erfolgte heute seine Vorführung vor die II. Strafkammer, vor welcher er sich wegen Unterschlagung und der damit im Zusammenhang stehenden Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Richter war ausreichend geständig, weshalb auf die Vernehmung der Zeugen verzichtet werden konnte. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 6 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust; der Gerichtshof erkannte nur auf 3 Monate Gefängnis.

Schlesien.

Oberschlesische Parteikonferenz. Morgen, Sonntag, findet in Neustadt O.S. eine Konferenz ober-schlesischer Genossen statt, die sich mit der Inangriffnahme einer planvollen Agitation in Oberschlesien zu befassen hat. Von dem tatkräftigen und zielbewußten Vorgehen unserer ober-schlesischen Parteifreunde steht zu erwarten, daß sie den richtigen Weg finden werden, nun erfolgreich in die Kampferkämpfe des Zentrums Dresse zu legen und den „Turm des Zentrums“ nicht nur zum Wanken, sondern über kurz oder lang auch zum Fallen zu bringen. Wenn uns an dieser Stelle ein Ratsschlag gestattet sei, so ist es der: gehe man bei dem Ansturm gegen das Zentrum möglichst geräuschlos vor! Der rastlosen Agitation von Mund zu Mund wird dann die Gründung von Arbeitervereinen folgen, welche für die Weiterverbreitung der sozialdemokratischen Ideen durch die Agitation für die Parteipresse in allererster Linie zu sorgen haben. Auf diesem Wege werden sich am schnellsten und auch am sichersten Erfolge erzielen lassen. Die Augen der Genossen aus ganz Schlesien und Posen sind auf Neustadt gerichtet — zeigt Euch unserer großen Sache würdig, ober-schlesische Kampferbrüder! Mit frischem Mut vorwärts auf die Gegner! Hoch die Sozialdemokratie!

Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse in schlesischen Städten mit mehr als 15000 Einwohnern im vierten Quartal 1891, nach den folgenden Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes:

Städte	Einwohnerzahl	Geboren:		Gestorben:						
		lebend	tot	im ganzen	im 1. Lebensjahre	im 2. Lebensjahre	im 3. Lebensjahre	im 4. Lebensjahre	im 5. Lebensjahre	auf 1 Jahr und 1000 Einwohner
Beuthen O.S.	31327	327	10	177	74	41	80	15	8,47	22,60
Breslau	899318	2962	105	2531	481	29	97	352	13,43	29,90
Brieg	20301	169	6	142	33	23	23	12	8,45	28,00
Gleiwitz	19398	160	3	102	26	25	49	12	11,76	20,50
Glogau	20542	120	3	87	27	31	00	11	12,64	16,97
Görlitz	62886	512	9	361	117	32	40	36	9,97	22,96
Hirschberg	16288	154	5	114	32	28	07	10	8,77	28,00
Hirschberg	16283	112	6	131	52	39	69	19	14,50	32,17
Kattowitz	16800	187	2	126	39	30	95	8	6,34	22,87
Königsbütte	36806	570	9	381	122	43	41	27	9,60	30,56
Langenbielau	16288	154	5	114	32	28	07	10	8,77	28,00
Siegnitz	47258	370	14	346	194	30	25	30	8,60	27,27
Neisse	22517	147	6	143	33	23	07	26	18,18	25,04
Neustadt O.S.	17756	188	5	134	51	33	05	19	14,17	30,20
Oppeln	19561	219	5	143	29	20	27	21	14,67	29,05
Ratibor	20869	158	4	130	33	26	02	14	10,76	24,98
Schweidnitz	20280	190	6	160	41	26	92	9	5,61	25,77

Die größte Sterblichkeit der im ersten Lebensjahre hatten demnach Königsbütte und Beuthen O.S., die niedrigste Oppeln und Brieg; Glogau nimmt in Bezug hierauf den zwölften Platz unter den betreffenden schlesischen Städten ein. Die meisten Todesfälle an Lungenschwindsucht kamen verhältnismäßig in Neisse und Oppeln vor, die wenigsten in Schweidnitz und Kattowitz, während Breslau den fünften Platz hat. Von Infektionskrankheiten, die im Ganzen nur sporadisch aufgetreten sind, sind Todesfälle an Malaria gemeldet in Breslau (3), in Kattowitz (2), in Königsbütte (4), in Oppeln, Neustadt

Achtung, Parteigenossen!

Sonntag, den 14. Februar cr., Mittags von 12 bis 2 Uhr:

Grosse Volks-Versammlung

im Saale des Volksgarten, Michaelisstrasse.

Tagesordnung:

1. Die Taktik der socialdemokratischen Partei. Referent: Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt, Mittweida.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Entrée 10 Pf.

Der Einberufer.

Frauen haben Zutritt.

Montag, den 15. Februar cr., Abends 8 Uhr

Öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung

in Olafske's Etablissement, Gräbschnerstrasse.

Tagesordnung:

1. Die Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts. — Referent: Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt, Mittweida.
2. Diskussion
3. Verschiedenes.

Sämmtliche Gewerkschaftsmitglieder werden hierzu eingeladen.

Entrée 10 Pf.

Der Einberufer.

Haynan.

Haynan.

Große Volks-Versammlung.

Sonntag, den 14. Februar cr., Nachm. 3 1/2 Uhr

im Lokale des Lese- und Diskussionsklubs

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Kunert über: Der Kampf um die Volksschule.
2. Diskussion
3. Verschiedenes.

Entrée Männer, 10 Pf. Frauen, 5 Pf. Frauen sind eingeladen.

Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiterverband

Fraktion der Klempner.

Die Kassen-Abende finden jeden Sonnabend Abend von 8 Uhr ab in der Restauration Bartsch, Vorwerkstrasse 47, statt. Dies den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnissnahme.

Der Bevollmächtigte.

Sonnabend, den 13. d. M., Abends,

findet in der „Concordia“ das

Stiftungsfest

des

Sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins

statt. Bei der Kürze der Zeit ist eine allseitige, rege Agitation zum Besuche desselben dringend geboten!

Programm liefert die Expedition der „Volkswacht“ u. deren Kolporteurs.

Öffentl. Versammlung

der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen.

Montag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr

in Kalle's Brauerei, Neumarkt 8, Gasthof „zu den drei Tauben“.

Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Stellungnahme zum Gewerkschaftswesen. 3. Verschiedenes. Referent: Herr Paul Henzig.

In dieser Versammlung werden die Herren Uhrmacher, Fein-Mechaniker, Schloßer und Kunstschmiedarbeiter ganz besonders eingeladen.

Entrée 10 Pf.

Der Einberufer.

Deutscher Tischler-Verband.

Sonnabend, den 20. Februar cr. findet im „Schießwälder“ das

Narrenfest

der hiesigen Zählstelle bestimmt statt. Näheres siehe Plakate.

Die Lokal-Verwaltung.

Arbeiter! Genossen!

Auf Theilzahlung

gute Goldregulator, sowie Herren- und Damen-Reumontuhrren für 26 Mark (gewöhnlicher Preis in anderen Geschäften 36 Mark), Kunstuhren aller Art unter zweijähriger schriftlicher Garantie. Gold- und Silbersachen, Möbel aller Art, Herren-Garderobe sehr billig.

Karl Michalke,

Althäckerstrasse 39, parterre.

NB. Bestellungen bitte mit Brieflich zu übersenden, da ich den Tag über fast ausschließlich von zu Hause abwesend bin.

Liegnitz.

Sonntag, d. 21. Februar, Abends im Gasthof „zu den drei Bergen“: Gesellschaftliches

Zusammensein

des Gewerkschaftsklub. Freunde willkommen. Für Unterhaltung wird bestens gesorgt. Der Vorstand.

Der schlechten Zeitverhältnisse

wegen erhält jeder Arbeiter bei Einlauf von 8 Mark an bei meinen bekannt billigen Preisen noch 4 pCt. Rabatt in bar ausgezahlt. Mein Lager ist in Herren- u. Knabengarderoben, Lederzeug und Stoffhosen, Hemden, Blusen etc. auf das Beste sortirt. Schlingen aus Mass fertige ich sehr Günstig.

J. Berger,

Gr. Wilhelmstrasse 48.

Arbeiter-Artikel-Spezialgeschäft.

Paul Brehmer, rth. Ed. Schöfer's
Lambrochke, Georgenbrunn 21.
Montag, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend
am Neumarkt.

Ortskranten-Kasse der Gutmacher.

General-Versammlung

Sonntag, den 21. Februar cr., nachmittags präzis 4 Uhr, im Lokale „Zum rothen Löwen“, Kupferstrasse 21.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahres-Rechnung pro 1891.
2. Wahl der Krantenkontroleure.
3. Verschiedenes

Der Vorstand.

Fastnachts-Kränzchen

Montag, d. 29. Februar 1892 in Pielsh's Lokal, Gartenstr. 23s arrangirt vom Kranten-Unterstützungsbund der Schneider (E. S. Braunschweig).

Eintrittskarten hierzu sind zu haben beim Bevollmächtigten Herrn H. Schelske und dem

Vergnügungs-Komitee.

Mein Bureau

befindet sich jetzt

Carlsstrasse 13, Ecke Schlosstr. (Eingang Karlsstrasse vis-à-vis dem Kaiserl. Palais.)

Dr. Epstein, Rechtsanwält.

August Heyne,

Rohtabak-Handlung

Leipzig, Berlin, Breslau, Chemnitz.

Breslau, Carlsstrasse 27,

zur Fechtsschule,

offerirt alle Sorten Rohtabake zur Cigarrenfabrikation in bester Waare zu billigsten Preisen.

Staubfreien Gros à 40, 50, 55, 60 und 80 Pfennige.

Breslau, Carlsstr. 27, zur Fechtsschule, Breslau.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren.

Offerirt in nur guter Qualität und bei promptester Lieferung:

Sumatra-Cigarren,

vorzüglich brennend, in 1/10 Kisten 2,00 Mk., 2,50 Mk. u. 3,00 Mk.

Rein amerik. Mischungen in 1/10 Kisten 3,00 Mk. und 4,00 Mk.

Feinster Felig-Brasil per 1/10 Kiste 4,50 bis 6,00 Mk.

Geschmitzene u. ungeschmitzene Rippen fertig.

Cigarren-Fabrik E. Lampe, vorm. A. Kirschner.

Fabrik und Hauptgeschäft:

Breslau, Roseplatz 11, am Oderthorbahnhof.

Filialen: Schrotgasse 1, Hammerlei 35, Friedrich-Wilhelmstr. 4, Klosterstr. 28a.

Rohtabake

verkaufe ich gegen baar zu Spottpreisen, um mein übergroßes Lager zu räumen.

Carmen groß und fein brennend, per 1/2 Kilo à 1,20 u. 1,25 Mk.

Domingo fein brennend, à 0,75, 0,85, 1,05, 1,15 und 1,20 Mk.

Brasilis felig per 1/2 Kilo.

per 1/2 Kilo. à 0,80, 1,—, 1,05, 1,20, 1,30, 1,50 u. 1,60 Mk.

Pfälzer leicht und gut brennend, à 60, 65, 68, 70, 80 und 85 Pf.

Udkermäcker mblatt und Einlage-Umblatt 70 u. 75 Pf.

Sumatras Auswahl von 22 Sorten, per 1/2 Kilo à 1,50, 1,60,

2,00, 2,50, 3,00, 3,40, 3,50 bis 5,00 Mk.

Ebenso billig bin ich in allen anderen Tabaksorten. Gegen gute Referenzen oder Bürgschaft verkaufe auch auf Ziel.

Albert Kramolowsky

Breslau, Ring 60.

Wegen Umbau des Geschäfts

Grosser Ausverkauf.

P. Knopf, Gräbschnerstrasse 25.

Ecke Holteistrasse

Räumung des Lagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen in

Arbeitersachen.

Hemden, Blusen, Hamburger Lederhosen, biane Arbeiterjaquets, Männerhemden, v. 78 Pf. an, Frauen- und Kinderhemden in grosser Auswahl, v. 30 Pf. an bis zu den besten Qualitäten. Herren-Knaben- und Mädchen-Kleider. Eine Partie zurückgesetzte Herren-, Frauen- und Kinderschuhe, mit kleinen Fehlern, werden zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft.

Großes Lager von Kleiderstoffen.

P. Knopf,

Gräbschnerstrasse 25. Ecke Holteistrasse